## S 17 R 3698/19

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 R 3698/19

Datum 28.10.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 R 3593/21 Datum 23.06.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Kl $\tilde{A}$ ¤gerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Ulm vom 28. Oktober 2021 wird zur $\tilde{A}$ ½ckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

## **Tatbestand**

Die KlĤgerin begehrt von der Beklagten im Zugunstenverfahren die GewĤhrung einer Rente wegen Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI).

Die 1963 geborene KlĤgerin ist Grund- und Hauptschullehrerin (erste Staatsprüfung 2003, zweite Staatsprüfung 2005). Wegen häufiger Krankheitszeiten wurde sie nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes nicht in den Schuldienst übernommen. Sie war in den Jahren 2005 bis 2009 stundenweise als Lehrerin auf Honorarbasis beim Studienkreis Nachhilfe in R, danach bis Juli 2010 beim CJD B-O tätig. Am 29.09.2009 beantragte sie die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente bei der Beklagten. Diese lehnte den Antrag nach Einholung von Gutachten auf orthopädischem (F, März 2010), nervenärztlichem (M 25.03.2010 und internistischem (E 11.10.2010) mit Bescheid vom 09.06.2010 in

Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 05.01.2011 ab, weil die medizinischen Voraussetzungen nicht erf $\tilde{A}^{1}/4$ Ilt seien. Einen am 29.04.2013 erneut gestellten Antrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 11.10.2013 ab, weil die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen nicht erf $\tilde{A}^{1}/4$ Ilt seien.

Am 21.06.2018 stellte die Klägerin einen Ã□berprüfungsantrag â□□zur Rentenablehnung 2008 und 2009â□□. Bei ihr bestehe Erwerbsminderung seit einem Arbeitsunfall im Februar 2008.

Mit Bescheid vom 04.10.2018 lehnte die Beklagte den Ã□berprüfungsantrag ab, da sie weder das Recht unrichtig angewandt habe noch von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen sei. Hiergegen legte die Klägerin mit der Begründung, dass die Gutachten unzutreffend seien, Widerspruch ein. Ã□ber ihre Bevollmächtigten trug sie ergänzend vor, dass insbesondere die bei ihr bestehende Migräne, chronische Schmerzstörung und Angstzustände nicht ausreichend berücksichtigt worden seien.

Mit Widerspruchsbescheid vom 27.05.2019 wies die Beklagte den Widerspruch zurück. Zur Begründung führte sie aus, dass die Leiden der Klägerin im Rentenantragsverfahren vom 29.09.2009 gewürdigt worden seien. ̸bereinstimmend sei durch die Gutachter auf orthopädischem, internistischem und neurologisch-psychiatrischem Fachgebiet ein LeistungsvermĶgen von mehr als sechs Stunden gesehen worden. Ein neuer medizinischer Sachverhalt sei der Begründung des Widerspruchs nicht zu entnehmen. Der Widerspruchsbescheid wurde den ProzessbevollmÄxchtigten der KlÄxgerin am 29.05.2019 durch postalische Ä\|bersendung bekanntgegeben. Mit Schreiben vom gleichen Tag leiteten diese den Widerspruchsbescheid an die von der KlĤgerin angegebene Postanschrift (Evangelisches Pfarramt, S-StraÃ\(\text{P}\)e, B), die nicht identisch mit ihrer Wohnanschrift (A-B, B) war, weiter. In dem Anschreiben der BevollmÄxchtigten wiesen diese darauf hin, dass die KlĤgerin die MĶglichkeit habe, dagegen bis spätestens 01.07.2019 Klage zu erheben. Eine Ã∏berwachung der Klagefrist durch die BevollmÄxchtigten erfolge nicht. Falls die KlÄxgerin beabsichtige, sie mit der Durchführung des Klageverfahrens zu beauftragen, bitte man um möglichst frühzeitige Mitteilung.

Am 30.10.2019 hat die Klägerin Klage zum Sozialgericht (SG) Ulm erhoben und begehrt, die Beklagte unter Gewährung von Wiedereinsetzung in die Klagefrist und Aufhebung der entgegenstehenden Bescheide zu verurteilen, ihr Rente wegen Erwerbsminderung zu gewähren. Zur Begrù¼ndung hat sie vorgetragen, dass der Widerspruchsbescheid mit Schreiben vom 29.05.2019 von ihrer Bevollmächtigten an ihre Postadresse weitergeleitet worden sei. Sie wohne zur Untermiete bei einem ù¼ber 90-Jährigen, der ihr des Ã□fteren schon ihre Post vorenthalten habe. Daher habe sie die Postadresse beim evangelischen Pfarramt eingerichtet, wo sie die Post meistens am Sonntag abhole. Im streitgegenständlichen Zeitraum sei ihre Mutter schwer erkrankt, so dass sie plötzlich nach S zu ihr habe reisen mù¼ssen. Ihre Mutter habe zweimal kurz hintereinander am 01.06. und am 04.06.2019 einen Herzstillstand erlitten, habe reanimiert werden mù¼ssen und daraufhin einen Herzschrittmacher bekommen. Sie habe am 02.06.2020 (gemeint wohl 2019) ihre

Post, darunter den ungeĶffneten Briefumschlag, in welchem sich der Widerspruchsbescheid befand, beim Pfarrer abgeholt, in ihrer Reisetasche verstaut und mitgenommen. Es sei der ausdrýckliche Wunsch ihrer Mutter gewesen, nicht in ein Pflegeheim zu kommen. Ã⊓ber den Pflegedienst der AWO sei geregelt worden, dass tÃxglich früh morgens und am Abend jemand in die Wohnung gekommen sei, um ihr die Stützstrümpfe an- und auszuziehen, ihr das Mittagessen gebracht wurde und zweimal pro Woche fÃ1/4r eineinhalb Stunden jemand zum Einkaufen und Saubermachen kam. So sei die Mutter regelmäÃ∏ig unter Beobachtung und in der Zeit ihrer eigenen Abwesenheit versorgt gewesen. Ansonsten hÃxtte sie selbst gar nicht mehr nach B zurückfahren können. Ihre Reisetasche habe sie seit ihrer Rýckkehr nach B immer startbereit gehabt, falls ein Anruf des Pflegdienstes gekommen wĤre. Erst als die Temperaturen jahreszeitlich bedingt kühler geworden seien, habe sie die gesamte Reistasche ausgepackt und die Sommerkleidung gegen w\( \tilde{A}\)\( \tilde{x}\)rmere Kleidung austauschen wollen. Dabei habe sie das Schreiben des VdK gefunden, das unter die BodenverstÃxrkung der Reisetasche gerutscht sei. Das müsse nach dem 23.10.2019 gewesen sein, da sie vom 18.10.2019 bis 23.10.2019 in S gewesen sei. Sie habe sofort beim VdK angerufen und auf den 29.10.2019 dort einen Termin erhalten. Ein Verschulden sei nicht anzunehmen, da sie durch die lebensbedrohliche Erkrankung der Mutter, die am 04.12.2019 verstorben sei, psychisch auà erordentlich belastet gewesen sei. Diese Belastung habe auch Auswirkungen auf ihre Entschluss- und UrteilsfĤhigkeit gehabt. Eine aus ihrer Sicht zum damaligen Zeitpunkt dringend notwendige psychotherapeutische Behandlung habe sie mangels Krankenversicherungsschutzes nicht in Anspruch nehmen kannen. Auch ein gewissenhafter Dritter in dieser Lebenssituation hAxtte den Brief verlegen können. In materieller Hinsicht liege bei der Klägerin ein multimorbides Krankheitsbild vor, welches sich sehr nachteilig auf die ErwerbsfĤhigkeit auswirke. Es sei daher davon auszugehen, dass bei der KlĤgerin bereits 2008 eine Erwerbsminderung vorgelegen habe.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten. Die Klage sei erst nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist erhoben und deshalb unzul $\tilde{A}$ xssig. Wiedereinsetzungsgr $\tilde{A}$ 4nde l $\tilde{A}$ xgen ihrer Auffassung nach nicht vor.

Das SG hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 28.10.2021 als unzulÄ $\alpha$ ssig abgewiesen, da sie nicht innerhalb der gesetzlichen einmonatigen Klagefrist ( $\alpha$ 8 87 Sozialgerichtsgesetz) erhoben worden sei. Der Antrag, ihr wegen VersÄ $\alpha$ umens der Klagefrist nach  $\alpha$ 8 67 Abs. 1 SGG Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewÄ $\alpha$ hren, sei abzulehnen, weil die KlÄ $\alpha$ gerin nicht ohne ihr Verschulden gehindert gewesen sei, die gesetzliche Klagefrist einzuhalten. Zwar kÄ $\alpha$ 1nne eine (eigene) Krankheit das Verschulden hinsichtlich einer FristversÄ $\alpha$ 2 umnis entfallen lassen. Dies sei jedoch nur dann der Fall, wenn die Erkrankung in verfahrensrelevanter Form Einfluss auf die Entschluss-, Urteils- und HandlungsfÄ $\alpha$ 4 higkeit des Beteiligten habe. Die Erkrankung mÄ $\alpha$ 4 see demnach so schwer sein, dass der Beteiligte selbst nicht handeln kÄ $\alpha$ 1 nne und auch zur Beauftragung eines Dritten nicht in der Lage sei (mit Hinweis auf BSG, Beschluss vom 20.01.1989 â $\alpha$ 1 5 BJ 281/88 -, juris Rn. 3; Senger in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl. 2021, Å $\alpha$ 8 67 Rn. 48). Auch kÄ $\alpha$ 1 nnten Sorgen um FamilienangehÄ $\alpha$ 1 rige die KonzentrationsfÄ $\alpha$ 2 higkeit z.B. bei der Berechnung

einer Frist beeintrĤchtigen. Damit sei die Schwelle, ab der zur FristversĤumnis führende Ereignisse in der Sphäre des Rechtsanwaltes gröÃ∏eres Gewicht zukomme als dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit (Eintritt von formeller des ProzessbevollmÄxchtigten auf in seinem familiÄxren Umfeld liegende Umst $\tilde{A}$ ¤nde an, die nicht  $\hat{a}$  $\square$  wie z.B. eine Depression oder schwere psychische Erkrankung â∏∏ weiter objektiviert werden könnten, verlören Rechtsmittel- und Rechtsmittelbegründungsfristen weithin ihre Bedeutung (mit Hinweis auf BSG, Beschluss vom 12.04.2018 â∏ B 12 KR 10/17 R -, juris). Vor diesem Hintergrund sei die FristversĤumnis im Fall der KlĤgerin nicht unverschuldet gewesen. Dass die Erkrankung ihrer Mutter Einfluss auf ihre (eigene) Entschluss-, Urteils- und HandlungsfĤhigkeit gehabt habe und sie dadurch psychisch erkrankt gewesen sei, sei nicht glaubhaft gemacht. Vielmehr sei die KlĤgerin in der Lage gewesen, den an die Postadresse weitergeleiteten Widerspruchsbescheid vom 27.05.2019 beim evangelischen Pfarramt abzuholen und zu ihrer Mutter nach S zu reisen. Dies Ĥndere nichts am Vorliegen einer Sorgfaltspflichtverletzung der KlĤgerin.

Gegen den am 08.11.2021 zugestellten Gerichtsbescheid hat die Klägerin am 23.11.2021 Berufung eingelegt. Zur Begrù⁄₄ndung hat sie ihren Vortrag wiederholt und erweitert. Entgegen der Auffassung des SG sei sie der Meinung, dass sie durch die lebensbedrohliche Erkrankung ihrer Mutter psychisch auÃ□erordentlich belastet gewesen sei und ihr daher eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren gewesen sei. In dem vom SG zitierten Beschluss des BSG gehe es auch nicht um einen Kläger, sondern um familiär bedingte Umstände eines Prozessbevollmächtigten. Auch sei sie bereits seit 2008 nicht in der Lage, leichte Tätigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verrichten.

Die KlAzgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Ulm vom 20. Oktober 2021 aufzuheben und die Beklagte unter GewĤhrung der Wiedereinsetzung in die Klagefrist und Aufhebung des Bescheides vom 4. Oktober 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29. Mai 2019 zu verurteilen, ihr unter Rücknahme des Bescheides vom 9. Juni 2010 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Januar 2011 in der Fassung des Bescheides vom 11. Oktober 2013 eine Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Das SG habe die Klage zu Recht abgewiesen. Es habe dabei sämtliche Tatsachen umfassend und nachvollziehbar gewürdigt. Die Berufungsbegründung enthalte in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht keine neuen Gesichtspunkte, welche zu einer anderen Beurteilung der Sach- und Rechtslage Veranlassung geben könnten.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die beigezogenen Akten der Beklagten sowie auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz verwiesen.

## EntscheidungsgrÃ1/4nde

Die nach <u>§ 151 Abs. 1 und 2 SGG</u> form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Klägerin ist zulässig. BerufungsausschlieÃ□ungsgrþnde gemäÃ□ <u>§ 144 SGG</u> liegen nicht vor.

Die Berufung bleibt aber in der Sache ohne Erfolg. Das SG hat die Klage zu Recht als unzulÄxssig abgewiesen.

Auch unter Berücksichtigung des im Berufungsverfahren nochmals wiederholten und vertieften Vortrags der Klägerin, insbesondere hinsichtlich der Vorgänge, die dazu geführt haben, dass sie das Schreiben ihrer Bevollmächtigten vom 29.05.2019, mit der diese ihr den Widerspruchsbescheid vom 27.05.2019 zugeleitet haben, erst Ende Oktober 2019 zur Kenntnis genommen hat, ist der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Ulm vom 28.10.2021 nicht zu beanstanden. Das SG hat in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Gerichtsbescheids zutreffend die rechtlichen Grundlagen fþr die von der Klägerin beanspruchte Wiedereinsetzung dargelegt (§ 67 SGG) und ebenso zutreffend das Vorliegen von Wiedereinsetzungsgrþnden verneint. Der Senat schlieÃ□t sich den überzeugenden Ausführungen des SG nach eigener Prþfung und unter Berücksichtigung des Vorbringens im Berufungsverfahren uneingeschränkt an, sieht deswegen gemäÃ□ § 153 Abs. 2 SGG von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgrþnde weitgehend ab und weist die Berufung aus den Grþnden des angefochtenen Gerichtsbescheids zurück.

Auch der Senat konnte sich in Anwendung der gesetzlichen Vorgaben und unter Berýcksichtigung der hierzu ergangenen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nicht davon ýberzeugen, dass die Klägerin ohne Verschulden gehindert war, die Klagefrist einzuhalten.

Dabei ist ausdrýcklich darauf hinzuweisen, dass der Senat nicht in Zweifel zieht, dass die Klägerin wegen der Erkrankung und Betreuung ihrer Mutter psychisch sehr belastet war. Eine nachgewiesene eigene so schwere Erkrankung, die derartig Einfluss auf die Entschluss-, Handlungs- und Urteilsfähigkeit der Klägerin hatte, dass sie selbst weder fristgerecht Klage erheben noch ihre Bevollmächtigten hierzu beauftragen konnte, ist jedoch nicht nachgewiesen. Ã□rztliche Behandlungen, durch die eine entsprechende Erkrankung bestätigt werden könnte, hat die Klägerin nach eigenen Angaben nicht in Anspruch genommen. AuÃ□erdem steht der Annahme einer die Handlungs-, Entschluss- und Urteilsfähigkeit ausschlieÃ□enden Erkrankung entgegen, dass die Klägerin tatsächlich in der Lage war, sich um die Belange ihrer Mutter zu kümmern, ihre Pflege zu regeln und zwischen Juni und Oktober 2019 mehrmals zwischen ihrem Wohnort B und S zu pendeln. Sie war damit vollständig handlungsfähig fþr die Belange ihrer Mutter. Eine dennoch bestehende (partielle) Handlungsunfähigkeit fþr eigene Belange erscheint dem Senat nicht plausibel.

Eine Fristversäumnis eines schuld- und handlungsfähigen Beteiligten erfolgt ohne Verschulden, wenn dies weder vorsätzlich noch fahrlässig geschieht. Fahrlässig

handelt, wer diejenige Sorgfalt au $\tilde{A}$  $\Box$ er Betracht l $\tilde{A}$ xsst, die einem gewissenhaften Prozessf $\tilde{A}$  $^{1}$ 4hrenden, der seine Rechte und Pflichten sachgem $\tilde{A}$ x $\tilde{A}$  $\Box$  wahrnimmt, nach den Gesamtumst $\tilde{A}$ xnden des konkreten Falles zuzumuten ist und deshalb die M $\tilde{A}$ glichkeit der Fristvers $\tilde{A}$ xumnis entweder gar nicht voraussieht oder nicht vermeidet (BSG, Beschluss vom 9.12.2012  $\hat{a}$  $\Box$ 0 B 5 R 196/12 B -, juris Rn. 5; Schleswig-Holsteinisches LSG, Urteil vom 31.01.2020  $\hat{a}$  $\Box$ 0 L 3 AS 109/18 -, juris Rn. 32). Das Vergessen einer fristwahrenden Handlung begr $\tilde{A}$ 4ndet in der Regel Verschulden (BGH, Beschluss vom 13.2.2003  $\hat{a}$  $\Box$ 0 V ZR 422/02 -, juris Rn. 11).

Vorliegend hatte die Klägerin (durch Angabe einer Postanschrift beim Pfarramt) sorgfaltsgemäÃ□ Vorkehrungen getroffen, dass wichtige Post sie auch erreicht. War die Klägerin in der Lage, vor der Fahrt zu ihrer Mutter noch ihre Post abzuholen, war sie bei Einhaltung der ihr zumutbaren und möglichen Sorgfalt auch in der Lage, von deren Inhalt Kenntnis zu nehmen und jedenfalls ihre Bevollmächtigten mit der fristwahrenden Klageerhebung zu beauftragen. Allein aus Billigkeitserwägungen darf eine Wiedereinsetzung nicht gewährt werden (BSG, Urteil vom 11.12.1973 â□□ 2 RU 13/72 -, juris Rn. 23). Der Umstand, dass die Klägerin den Brief ihrer Bevollmächtigten mit dem Widerspruchsbescheid in ihrer Tasche schlichtweg vergessen und ihn erst zufällig beim Umpacken der KleidungsstÃ⅓cke wieder aufgefunden hat, stellt auch nach der Ã□berzeugung des Senats auch unter BerÃ⅓cksichtigung der psychischen Belastung durch die Erkrankung ihrer Mutter keinen Umstand dar, der ihr Verschulden entfallen lässt.

Die KlĤgerin war auch nicht deswegen ohne ihr Verschulden gehindert, die gesetzliche Klagefrist einzuhalten, weil ihre BevollmÄxchtigten nicht â∏vorsichtshalberâ∏ und ohne ihre Rückmeldung abzuwarten, fristwahrend  $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$  sie Klage erhoben haben. Zwar kann ein Bevollm $\tilde{A}$ xchtigter, der seine Mandantschaft durch einfachen Brief über den Inhalt einer Entscheidung sowie über Rechtsmittelmöglichkeiten einschlieÃ∏lich der einzuhaltenden Fristen unterrichtet und diesen aufgefordert hat, rechtzeitig mitzuteilen, ob ein Rechtsmittel eingelegt wird, in AusnahmefÄxllen gehalten sein, bei diesem nachzufragen. Dies kommt beispielsweise dann in Betracht, wenn der BevollmÄxchtigte nach den konkreten UmstÄxnden eine Antwort seines Mandanten in jedem Falle erwarten oder mit besonderen Schwierigkeiten bei der Postzustellung rechnen musste (vgl. BSG, Urteil vom 29.01.2001 â∏ B 7 AL 8/00 R -, juris Rn. 14). Derartige UmstĤnde sind vorliegend weder vorgetragen noch ersichtlich. Die BevollmÃxchtigten hatten keinen Grund zu der Annahme, dass ihre Post die Klägerin nicht erreichen würde. Denn sie haben das Schreiben mit dem Widerspruchsbescheid absprachegemäÃ∏ an die von der Klägerin angegebene Postadresse, die von ihrer Wohnanschrift abwich, weitergeleitet. Damit, dass die Klägerin dieses Schreiben zwar abholen, jedoch im Anschluss daran in ihrer Tasche vergessen würde, mussten sie nicht rechnen.

Mangels Vorliegen von Wiedereinsetzungsgründen ist dem Senat eine Prüfung des Begehrens der Klägerin in der Sache verwehrt.

Die Berufung war daher zurļckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde, die Revision zuzulassen ( $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG}}{100 \text{ Nr. 1 und 2 SGG}}$ ), liegen nicht vor.

Erstellt am: 10.02.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024